

Die Kunst der Kriegsvermeidung

VON STEFAN KORNELIUS

Philosophie über Krieg und Frieden ist ein altes Geschäft – so alt, wie Menschen aufeinander einschlagen. Allerdings hatten die frühen Philosophen ihren Kollegen aus der Neuzeit meist eines voraus: Sie kannten den Krieg aus eigener Erfahrung, sie selbst waren Feldherren oder Soldaten, sie selbst zogen mit Streitwagen oder Fußtruppen auf die Schlachtfelder – und deshalb kannten sie den Horror des Krieges.

Sun Tzu zum Beispiel, der chinesische Kriegsphilosoph, der mehrere Jahrhunderte vor Christi Geburt die dynastischen Kämpfe der auf dem chinesischen Territorium rivalisierenden Clans erlebte. Sun Tzu war ein großer Feldherr – mehr noch war er aber ein großer Politiker. Seine Schlüsselkenntnis: Der beste Feldherr ist derjenige, der durch seine politische Gabe einen Krieg vermeidet. Der größte Erfolg eines Kriegsherrn ist die Vermeidung des Krieges – durch die Instrumente der Politik. Und Politik ist dann erfolgreich, wenn der Politiker seine Interessen ruchlos, aber friedlich verfolgt, indem er strategisch denkt, den Krieg als ultimatives Mittel nicht ausschließt, aber ihn immer als Anomalie betrachtet, als Kapitulation der Politik.

Anders als Sun Tzu kennen viele der Strategen in der amerikanischen Regierung den Krieg nicht aus eigener Erfahrung. *Chickens Hawks* werden sie genannt – Hühner-Falken, die ihre militärische Erfahrung im Zweifel bei einem Kriegsvermeidungs-Einsatz bei der *National Guard* in Texas gemacht haben. Schlimmer aber ist, dass sie die Grundmaxime der militärisch bewehrten Politik missachten: Krieg muss das letzte Mittel der Politik sein; und Krieg ist ausschließlich ein Instrument der Politik – kein sich selbst rechtfertigendes Werkzeug.

Die Irak-Politik der amerikanischen Regierung ist deshalb so wenig überzeugend, weil an ihr ein sehr grundsätzlicher Widerspruch klebt. Krieg erscheint als ein sich selbst genügendes Mittel – nicht als Fortsetzung einer Politik. Und: Die Politik zum Krieg wirkt konstruiert, sie drängt sich nicht auf, sie ist vor allem nicht bis zur letzten Konsequenz ausgeschöpft. Trotz aller Satellitenbilder und Abhörprotokolle gilt: Die US-Regierung hat die Welt nicht davon überzeugt, dass sie mit guten Absichten einen notwendigen Dienst an der Weltgemeinschaft verrichten will, nachdem alle politischen Alternativen erschöpft sind.

Katalog der Gründe

Zur Begründung des drohenden Krieges gibt es inzwischen einen ganzen Katalog von Argumenten. Ganz oben auf der Liste steht die Furcht vor Massenvernichtungswaffen und deren Verbreitung, außerdem die fortgesetzte und noch nie bestrafte Verhöhnung des UN-Sicherheitsrats. Irgendwann kommen dann die Menschenrechte dazu, die Terror-Prävention, die regionale Bedrohung durch ein Diktatoren-Regime. Und schließlich spielt auch Öl eine Rolle, allerdings nicht so beherrschend, wie das oft mit konspirativem Gehabe behauptet wird. Beliebte, aber lächerlich sind auch das dynastische (Präsidentensohn folgt Vater) oder das Freudsche Motiv (Präsidentensohn beweist sich dem Vater).

Eine Klammer fanden all die Kriegsgründe in der These, Amerika wolle demokratie-stiftend und stabilitätsfördernd ein ihm wohlgesonnenes Regime in einer allemal instabilen Region installieren. Der Westen brauche also ein Musterland im islamischen Krisengürtel, das leuchtturmartig der Region den Weg weise und als Vorbild für wankende islamische Gesellschaften gelte. Der doppelte Vorteil eines (und sei es nur zum Schein) demokratisierten und dem Westen zuge-

neigten Irak: Die Modernisierung der arabischen Welt könnte mit einem Befreiungsschlag ausgelöst werden.

Die These ist so interessant, dass sie lange Zeit auch von der amerikanischen Regierung favorisiert wurde – allerdings eher verschämt, weil ihr die Idee des Präventivkriegs zu Grunde liegt, für den es keine völkerrechtliche Legitimation gibt. Eingebettet ist sie zumindest in der neuen Sicherheits-Doktrin der US-Regierung, die präventive Interventionen, den gewaltsamen Regimewechsel ins Zentrum der amerikanischen Sicherheitspolitik hebt.

Die These ist bombastisch und damit fast schon zu amerikanisch, und sie kann nicht unrelativiert stehen bleiben. Im Kern nämlich besagt das Demokratisierungs-Argument, dass sich Amerika auf das größte Missionierungsabenteuer seit George C. Marshall einlässt. Es besagt, dass die islamistische Terror-Gefahr als größte Herausforderung unserer Zeit außergewöhnliche Mittel erfordert, die sich bei der Entwicklungshilfe und der klassischen Diplomatie nicht finden lassen. Bereit zu diesem Kraftakt ist aber weder die amerikanische Regierung noch die Bevölkerung – beiden fehlt der lange Atem und das Interesse.

Verwirrung und Unschärfe

Inzwischen hat das Demokratisierungs-Argument zugunsten der engen, aber eher UN-konformen Begründungen (Massenvernichtungswaffen, Abrüstung, Verletzung bindender Resolutionen) an Bedeutung verloren. Außerdem machte sich Präsident Bush im September auf in die Vereinten Nationen, um die Unterstützung der Weltgemeinschaft zu gewinnen.

Das Ergebnis dieser kakophonischen Politik: Verwirrung und Unschärfe. Amerika hat keine überzeugende Begründung für den Krieg abgeliefert – weder politisch noch völkerrechtlich. Die Politik blieb inhaltsleer, widersprüchlich. Dieser Mangel erklärt den internationalen Widerstand gegen das Irak-Unternehmen, aus ihm erwächst die Spannung im Bündnis, die zerstörerische Kraft für traditionelle Allianzen, deren sicherheitspolitischer Horizont keinen Raum lässt für militärische Prävention.

Die amerikanische Regierung hat sich also nicht ernsthaft der politischen Mühsal unterworfen, den Krieg zu legitimieren. Und die Verbündeten haben das Defizit weder ausgeglichen noch entlarvt. Vielleicht ist es Tony Blair zu verdanken, dass Bush wenigstens den Weg über den Sicherheitsrat wählte und damit eine Marginalisierung der UN bereits im vergangenen Sommer noch einmal verhinderte. Aber selbst der Resolution 1441 und den Debatten im Sicherheitsrat haftet der Geruch des Unpolitischen, des Konstruierten an.

Ausgeglichen haben die Verbündeten das Defizit also nie – nicht durch Geschlossenheit, nicht durch diplomatische Initiativen. An der Spitze der Verweigerer steht der deutsche Bundeskanzler, der sich früh bereits aus dem politischen Prozess verabschiedet hat. Seitdem schwindet sein Einfluss – ein Zeugnis verantwortungsloser Schwäche. Wer sollte Amerika bremsen, wenn nicht die stärksten Verbündeten gemeinsam? Wer sollte Saddam Hussein die Entschlossenheit klar machen, wenn nicht der Vermittler, der Glaubwürdigkeit mit Härte verbindet?

Sun Tzu schrieb: „Hundert Siege in hundert Schlachten zu erringen, ist nicht die höchste Kunst. Die höchste Kunst ist es, den Feind ohne Kampf niederzurufen.“ Man muss kein Philosoph sein, um zu erkennen, dass der Weg zu diesem Sieg über die Politik führt. Die Politik aber hat versagt in der Irak-Krise.